

*TREVI-Konferenz vom 11./12. Juni 1992 in Lissabon*

Statement der Schweiz von Herrn Peter Arbenz, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, Bern

Herr Präsident,  
Herren Minister,  
meine Damen und Herren

Im Namen der Schweizer Delegation bedanke ich mich sehr herzlich für die Einladung zur ersten Sitzung der TREVI-Gruppe nach Lissabon. Ich darf Sie kurz und stichwortartig über einige aktuelle schweizerische Probleme im Bereich der Migrationen, des Terrorismus und der Kriminalität bzw. deren Abwehr orientieren.

#### 1. Migrationsbereich

Die Schweiz hatte bis Ende Mai 1992 im laufenden Jahr rund 9'000 neue Asylgesuche entgegenzunehmen. Das sind 54 % weniger als im Vorjahr. Die drei grössten Asylbewerbergruppen sind in der Schweiz nach wie vor die Jugoslawen, die Tamilen und die Türken. Angestiegen ist in jüngster Zeit die Zahl der somalischen Flüchtlinge. Die verbleibenden 45 % der Asylgesuche verteilen sich zur Zeit auf rund 70 verschiedene Nationalitäten.

Dank dem Safe Country-Konzept reduzierten sich die Asylbewerberzahlen aus Indien, Rumänien und Angola spürbar. Unsere Anstrengungen konzentrierten sich in letzter Zeit darauf, den Vollzug der Wegweisungen abgewiesener Asylbewerber zu verbessern und neue Wege für die Förderung der freiwilligen Rückkehr zu suchen (Entwicklung eines Rückkehrkonzeptes).



Bis heute konnten die Asylbehörden 1992 in erster Instanz rund 20'000 Gesuche entscheiden, was einer Kapazitätssteigerung von gegen 60 % entspricht. Insgesamt konnten also die Asylverfahren wesentlich beschleunigt werden, was zum einen auf die Asylgesetzrevision von Mitte 1990 und zum anderen auf eine massive Personalaufstockung bei den Asylbehörden zurückzuführen ist. Seit dem 1. April 1992 gibt es in der Schweiz eine unabhängige Asylrekurskommission als zweite und letzte Instanz des Asylverfahrens, die den bisherigen Beschwerdedienst des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes abgelöst hat.

Innen- wie aussenpolitisch hat uns vor allem die Jugoslawienproblematik Sorge bereitet. Mit einer kollektiven vorläufigen Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien für die Dauer einiger Monate haben wir versucht, die Zahl unnötiger Asylgesuche zu reduzieren. Es ist jedoch unsere Absicht, vermehrt humanitäre Hilfe vor Ort zu leisten, wofür der Bundesrat bereits zusätzliche SFr. 10 Millionen bewilligt hat.

Vor wenigen Tagen konnten wir die Machbarkeitsstudie für ein europäisches Informationssystem über Fingerabdrücke von Asylbewerbern abschliessen. Ich freue mich, Ihnen diese Studie im Sinne einer Dienstleistung zu Ihrer freien Verfügung übergeben zu können. Die Studie zeigt, dass bei Vorhandensein der nötigen rechtlichen Grundlagen ein internationaler Austausch über Asylbewerberdaten auf der Basis von Fingerabdrücken möglich ist, ohne dass die Souveränität der Teilnehmerstaaten dadurch berührt würde. Technische Systeme sind hierfür bereits entwickelt und im Einsatz. Es geht um den Aufbau einer Datenbank für rund 2,5 Millionen Fingerabdrücke mit einer täglichen Verarbeitung von rund 2'000 Fingerabdruckbogen. Es stehen Investitionskosten von rund 18 Millionen Schweizer Franken und jährliche Betriebskosten von rund 16 Millionen Schweizer Franken zur Diskussion. Demgegenüber sind Einsparungen von jährlich rund 400 Millionen Schweizer Franken möglich. Der Standort eines solchen Systems ist frei wählbar, er sollte idealerweise im geographischen Zentrum der Teilnehmerstaaten liegen. Das System benötigt eine Aufbauzeit von rund 3 Jahren. Daraus wird wohl deutlich, dass wir parallel zur Ratifizierung der Dubliner Convention und zur Entwicklung eines Parallelabkommens so rasch als möglich Vorarbeiten für den Aufbau einer Datenbank aufnehmen sollten.

## 2. Terrorismus und Extremismus

Die Schweiz wurde im vergangenen halben Jahr von keinen terroristischen Anschlägen betroffen. Erfreulicherweise haben sich auch die fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte stabilisiert.

Grosse Sorgen bereiten uns indessen die gewalttätigen Aktionen extremer Ausländerorganisationen. Im Vordergrund stehen die türkisch-kurdischen Gruppen. Aber auch bei den extremen Gruppen von tamilischen Tiger, indischen Sikhs und iranischen Volksmudjaheddin stellen wir eine Radikalisierung des politischen Kampfes fest.

### 3. Allgemeine Kriminalität und organisiertes Verbrechen

1991 hat in unserem Land die Gesamtzahl der angezeigten Delikte gegenüber dem Vorjahr um 7,1 % zugenommen und mit rund 360'000 einen neuen Höchststand der Kriminalität erreicht. Dabei ist der Anteil ausländischer Täter auf 42,6 % gestiegen. Diese beunruhigende Entwicklung erfüllt die Behörden mit Besorgnis.

Auch in unserem Land haben wir in jüngster Zeit Ansätze zu einer organisierten Kriminalität feststellen müssen. Dies gilt insbesondere auf den Gebieten des internationalen Drogenhandels und der Geldwäscherei, aber auch in der Milieukriminalität und bei der Erpressung von Schutzgeldern.

Die 1990 in Kraft gesetzte Strafnorm für die Geldwäscherei bedeutete ein wichtiger Schritt im Kampf gegen diese Delikte. In einem weiteren Schritt soll die Schaffung spezifischer neuer Straftatbestände erfolgen. Für diese flankierenden Massnahmen im Kampf gegen die Geldwäscherei ist eine Botschaft an unser Parlament in Vorbereitung.

### 4. Illegaler Drogenhandel

Ungeachtet der repressiven Massnahmen gegen die offenen Drogenszenen, die in Zürich und Bern im Frühjahr 1992 geschlossen wurden, ist die Lage in bezug auf den Drogenhandel und -missbrauch in unserem Land ernster denn je. Unsere Drogenfahnder kämpfen gegen den vornehmlich von Türken, Jugoslawen und Libanesen über die Balkanroute organisierten Heroinhandel. Am 13. Mai 1992 hat unsere Regierung beschlossen, eine beschränkte Zahl von wissenschaftlichen Versuchen mit der staatlichen Abgabe von Rauschgift zuzulassen. Dies bedeutet aber keine Abkehr von der bisher verfolgten Drogenpolitik. Der Drogenkonsum bleibt weiterhin strafbar und die Anstrengungen zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels sollen weitergeführt werden. Nächstens wird unser Land das Uebereinkommen von Wien gegen den unerlaubten Verkehr mit Betäubungsmitteln aus dem Jahre 1988 ratifizieren. Es soll in Zukunft auch vermehrt versucht werden, mittels Verfolgen des Geldflusses zu den Spitzen krimineller Organisationen vordringen zu können.

## 5. Illegaler Waffenhandel

Unser Land ist bestrebt, das schweizerische Waffenrecht mit jenem unserer Nachbarstaaten zu harmonisieren. Da dies Zeit beanspruchen wird, hat die Regierung am 18. Dezember 1991 eine Verordnung über den Erwerb und das Tragen von Schusswaffen durch Ausländer erlassen. Seither ist es jugoslawischen Staatsangehörigen untersagt, Schusswaffen in der Schweiz zu erwerben oder zu tragen. Die übrigen Ausländer dürfen Waffen nur noch dann erwerben, wenn sie eine offizielle Bestätigung ihres Heimatstaates vorlegen, wonach sie zum Erwerb einer Schusswaffe berechtigt sind. Seit Inkrafttreten dieser Verordnung hat sich die Beschaffung von Schusswaffen durch Ausländer im Schweizer Fachhandel spürbar verringert.

## 6. Polizeiliche Zusammenarbeit

Die Schweiz verfolgt mit grossem Interesse die im Gange befindlichen Bestrebungen in Richtung der Schaffung einer europäischen kriminalpolizeilichen Zentralstelle "Euro-pol". Wir wären in diesem Zusammenhang sehr interessiert zu erfahren, welche Möglichkeiten den interessierten Drittstaaten offenstehen, an diesem Projekt teilzuhaben.

Seit geraumer Zeit ist die Idee einer Europäischen Polizeiführungsakademie im Gespräch. Ich möchte Ihnen zur Kenntnis bringen, dass dieses Projekt auch bei uns auf grosses Interesse stösst und wir bereit wären, unserer Regierung die Schweiz als Standort für eine solche Akademie vorzuschlagen. Unser Ministerium steht einem solchen Projekt grundsätzlich positiv gegenüber. Die Realisierung setzt aber voraus, dass die europäischen Staaten zu einem Standort Schweiz für eine solche Akademie ja sagen. Wir würden es begrüßen, wenn das schweizerische Interesse an dieser Polizeiführungsakademie in die künftigen Diskussionen der TREVI-Arbeitsgemeinschaft einfliessen könnte, und sind gerne bereit, Ihnen diesbezüglich detailliertere schriftliche Unterlagen zuzustellen.